

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1952

13 (17.1.1952)

Zum Tage

Einheitliche Außenpolitik notwendig

Es ist zu begrüßen, daß die Wege des Unmuts, die in diesen Tagen durch die bekannten Verhandlungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag ausgeglotzt wurde, Regierung und Opposition einander ein wenig näher brachte, als dies bisher der Fall war. Der Bundeskanzler hat seine Bereitwilligkeit erklärt, sich mit der SPD über diese Frage eingehend zu beschäftigen. Man hat auch bereits gesagt, daß diese Unterredungen nicht zu ausfallen sollen, wie das bisher der Fall war, Adenauer und Schumacher hatten bei ihren Besprechungen eigentlich nur ihre gegenseitigen Standpunkte zur Kenntnis genommen. Nun ist der SPD-Vorsitzende durch seine Krankheit nicht mehr in der Lage, die Züge seiner Partei zu führen. Erich Ollenhäuser übernimmt seine Vertretung, und es ist zu wünschen, daß er auch die Vollmacht dazu erhält. Vielleicht greift auch dadurch, daß dem Bundeskanzler ein anderer Verhandlungspartner gegenübertritt, die Gegensätze nicht mehr so hart aufeinander, wie das mit Schumacher der Fall war. Es ist aber zu vermuten, daß sowohl bei der Bundesregierung als auch bei der Opposition erkannt wird, wie gebieterisch notwendig es für Westdeutschland ist, eine Außenpolitik zu treiben, hinter der möglichst viele Parteien stehen. Wenn sich schon Länder wie England und die Vereinigten Staaten darum bemühen, eine einheitliche außenpolitische Linie einzuhalten, obwohl sie doch die große Weltreiche sind, materialisierte Machtfaktoren in der Waagschale werden können, um wieviel notwendiger ist das für die Bundesrepublik, die durch die idealen Wirkungen einer von allen Parteien vertretenen Außenpolitik die durch den Verlust des verlorenen Krieges wettzumachen versuchen muß. Darüber sind sich die beiden großen Parteien SPD und CDU bereits einig, daß der Wehrring eine möglichst große Mehrheit haben muß, da eine solche Entscheidung jeden einzelnen angeht und ohne die Zustimmung der großen Masse des Volkes nicht durchführbar werden kann. Das ist aber zunächst für eine formale Übereinstimmung. Die Wege, die dazu führen, sind dem Bundeskanzler anscheinend bekannt, aber die Opposition sieht sie im Augenblick noch nicht für begreifbar an. Als weiterer kleiner Fortschritt ist festzustellen, daß die Angelegenheit des deutschen Verteidigungsbeitrags gestern im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags verhandelt wurde. Das ist richtig so, denn hätte auch Blank seine Darlegungen geben müssen, und dann erst vor Partiausschüssen und die Presse treten dürfen.

Seltener „feindlicher Ausländer“

Zu den mehr oder minder unsichtbaren Reparationen, die Deutschland gleich nach dem Zusammenbruch geleistet hat, gehört bekanntlich die Beschlagnahme aller deutschen Patente sowie anderer wissenschaftlicher Leistungen. Es dürfte schwer sein, sich nur ihren ungefähren Wert abzuschätzen. Wie peinlich genau man dabei in der Erfassung der deutschen Gelehrten- und Erfindungsleistungen selbst heute noch vom Geist der unseligen Morgenstern-Ara besesselt ist, zeigt ein geradezu grotesker Vorfall, der jetzt in England und darüber hinaus einiges Aufsehen erregt hat. In einem Lehrbuch an dem Manchester Guardian schildert der deutsche Physiker Professor Max Born, der in Fachkreisen weithin bekannt ist, wie er ihm und seinem wissenschaftlichen Werk nach 1933, vor allem aber nach 1945 ergegangen ist. Im Jahre 1932 hat er als Frucht jahrelanger geistiger Bemühungen im Verlag Springer ein Buch über Optik erscheinen lassen, das in der ganzen Welt noch heute als wissenschaftliche Leistung ersten Ranges gilt. 1933 mußte Born Deutschland verlassen. Britische Universitäten sind sich ihrer Pflicht, diese internationalen Rechte für sich zu gewinnen und so wurde er Direktor der Abteilung für mathematische Physik an der Universität Edinburgh, wo er schon heute fast 70jährig lehrt. Nach dem deutschen Zusammenbruch bemühten sich die steigenden Amerikaner seines Buches, nahmen es auf Mikrofilm auf und verkauften das Publikationsrecht an einen amerikanischen Verlag, der es auch wieder in deutscher Sprache herausbrachte, ohne daß der Autor je auch nur einen Cent Honorar erhalten hätte. In Gegenliebe, Professor Born wurde anheimgestellt, wenn er ein Exemplar seines Buches für sein Institut benötigte. Keine er sich ja eines in den USA kaufen. Geschäft ist ein Geschäft, und warum sollen nicht Professoren, sofern es nur deutsche sind und seien sie selbst Emigranten, für ihre eigenen geistigen Leistungen noch bezahlen? Um aus der Affäre letztlich eine Grotteske zu machen, hat jetzt die Dienststelle für die Verwaltung feindlicher Eigentums dem Edinburgher Professor mitgeteilt, es sei ihr zu Ohren ge-

Die Anklage gegen den Bund

Württemberg-Baden und Hamburg vor dem Verfassungsgericht — Urteil am 6. Februar

Karlsruhe (Hf. Ber.). Das Bundesverfassungsgericht hat gestern Finanzminister angeklagt. Es hatte einen seiner größten Tage. Zum ersten Male war der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts unter seinem Präsidenten Dr. Hermann Conzelmann, nachdem er in den letzten Monaten bereits über mehr als 100 Verfassungsbeschwerden ohne Verhandlung entschieden hatte. Das Interesse der Bevölkerung war im Gegensatz zu der Südweststaatsverhandlung sehr gering. Nur wenige Zuhörer wählten der Verhandlung bei. Den elf Bundesrichtern in ihren roten Roben, unter ihnen eine Bundesrichterin, gegenüber hatten die Vertreter der Länder Württemberg-Baden, Hamburg, Bremen, Rheinland-Pfalz und der Bundesregierung Platz genommen.

Professor Dr. Waacke, Marburg, der einen rühmlichen Aktenerfolg vor sich stehen hatte, trat die staatsrechtlichen Einwendungen Württemberg-Badens gegen das Finanzverfassungsgesetz vor und stellte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen sechs der hauptsächlichsten Gründe, die Württemberg-Baden veranlaßt haben, zu beantragen, das Finanzverfassungsgesetz für verfassungswidrig und damit nichtig zu erklären.

In seiner Begründung ging er aus von dem Artikel 106 Absatz 4 des Grundgesetzes, der die Gewährung von Zuschüssen an die Länder vorsteht, um die Leistungsfähigkeit auch der staatschwachen Länder zu sichern und eine unterschiedliche Belastung der Länder mit Ausgaben auszugleichen.

Wenn Schleswig-Holstein, so führte Professor Waacke aus, 68,45 Prozent seiner eigenen Steuern einnehmen auf Grund des Finanzverfassungsgesetzes noch einmal als Zuschuß erhält und auch Niedersachsen und Rheinland-Pfalz noch 18 Prozent ihrer eigenen Steuern einnehmen, so einmal als Zuschuß bezogen, so geht das zu weit. Allenfalls könne man bei Bayern, dem 3,85 Prozent der eigenen Steuern einnehmen als Zuschuß aufliegen, noch von einem Zuschuß reden und auch bei dem Land Baden (Südwest). Dagegen würden Württemberg-Baden 11,18 Prozent seiner eigenen Steuern einnehmen. Die Bemessung der Ausgaben nach dem Finanzkraftmaßstab habe Württemberg-Baden mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Württemberg-Baden beantragte weiter, daß das Finanzverfassungsgesetz den Bund zum 30fachen Millionen mache, denn es habe die Bildung einer Ausgleichsmasse angeordnet, die sich auf einen Betrag von annähernd 800 Millionen DM erreichte, die vom Bundesfinanzminister verwaltet werden. Diese Maßnahme bedeute zugleich eine Machtvermehrung und stehe im Widerspruch zum föderalistischen Aufbau des Bundes. Das Gesetz

zwingt die Länder ferner, ihre Beiträge nach der Höhe ihrer gesamten Landessteuereinnahmen zu leisten. Auch das sei nicht zulässig, übergründlich sei die Einbeziehung der Realsteuern in den Landeszuschuß. Das Gesetz zwinge auch die Länder Württemberg-Baden zum Grundgesetz. Nach dem Finanzverfassungsgesetz müßten einzelne Länder ohne Kontrolle der Notwendigkeit Ausgaben tätigen, die in andere Länder beschlössen hätten. Das trete die sparsamen Länder wie Württemberg-Baden besonders schwer. So habe Württemberg-Baden keine Ministerialabteilungen in seinen Ministerien, habe keine Schulgeldfreiheit und erhebe die Steuern besonders sorgfältig. Zur Erhebung für diese Sparmaßnahme werde das Land jetzt gezwungen, den Ländern, die in diesen Fragen großzügig seien, Zahlungen zu leisten.

Es sei ein Verstoß gegen die Haushaltsautonomie des Artikels 109, so führte der Redner weiter aus, wenn ein Land gezwungen werde, Ausgaben in anderen Ländern zu finanzieren, die es selbst nicht beschleide, vielmehr sogar ablehne. Schließlich verstoße das angefochtene Gesetz auch gegen das Grundrecht der Gleichheit. Was Württemberg-Baden leisten müßte, sei ungewöhnlich hoch und werde dabei mit ungerechten Maßstäben gemessen. Professor Dr. Waacke stellte im Namen der württembergischen Regierung den Antrag, das Finanzverfassungsgesetz wegen seiner zahlreichen Verstöße gegen das Grundgesetz als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und damit nichtig zu erklären.

Für die Hansestadt Hamburg schloß sich Senator Dr. Duedek dem Antrag an. Er betonte, daß es sich bei dieser Klage weniger um einen Angriff gegen das Einkommensgesetz als um einen Kampf gegen die Einkommensgleichheit handle, sondern um eine Einwendung gegen die verfassungsmäßige Zulässigkeit des Systems, das diesem Gesetz zugrundeliege. Beide Länder

seien allerdings auch mit dem Ergebnis nicht einverstanden.

Ministerialdirektor Dr. Fischer-Menshausen antwortete

Für die Bundesregierung sprach Ministerialdirektor im Bundesfinanzministerium Dr. Fischer-Menshausen. In seinen von großer Sachkenntnis getragenen, sehr oft ausgezeichnet formulierten Ausführungen legte er die Grundzüge der Finanzwissenschaft dar, verglich dabei die Einwendungen Württemberg-Badens mit den Einwendungen Hamburgs und Mißverständnisse fest und hat das Gericht die Klage abzuweisen.

Die Bundesregierung erklärte er, betrachte den Antrag in erster Linie als den Versuch, nachträglichen finanziellen Forderungen durchzusetzen. Die Behauptung der verfassungsrechtlichen Unzulässigkeit erweise der Bundesregierung nur als eine äußere Handhabe, um von finanziellen Verpflichtungen loszukommen, die beide Länder als finanzwirtschaftlich und finanzverfassungspolitisch unangewiesen empfänden. Auf dem Gebiet des Finanzverfassungsgesetzes gebe es keine Patentlösung. Keine der vorgebrachten Argumente erweise der Bundesregierung stichhaltig Württemberg-Baden habe auch den Nachweis nicht erbracht, daß der Gesetzgeber die ihm im Grundgesetz gesetzten Schranken überschritten habe. Alle vorgebrachten Einwendungen entzögen sich einer verfassungsrechtlichen Wertung, es sei denn, der Gesetzgeber habe seine Schranken überschritten. Das Gesetz stelle die am wenigsten ungerechte Lösung dar. Der Finanzverfassung werde auch nicht bei der individuellen Sparsamkeit des einzelnen Landes. Wenn Willkür vermieden werden sollte, müsse eine gewisse Systematik Platz greifen.

Für die Hansestadt Hamburg schloß sich Senator Dr. Duedek dem Antrag an. Er betonte, daß es sich bei dieser Klage weniger um einen Angriff gegen das Einkommensgesetz als um einen Kampf gegen die Einkommensgleichheit handle, sondern um eine Einwendung gegen die verfassungsmäßige Zulässigkeit des Systems, das diesem Gesetz zugrundeliege. Beide Länder

und eine Differenzierung der starken und schwachen Länder vorgenommen werden. Wenn Württemberg-Baden in der Zwischenschaltung des Bundesfinanzministeriums in dem Finanzverfassungsgesetz eine Zusammenhebung von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in diesem Falle nichts anderes als ein Inkongruenzbüro. Er werde zwar vorübergehend Eigentümer dieser von den Finanzstarken Ländern gemeinsamen Zahlungen, habe aber keine Verfügungsrechte darüber. Wenn die Länder sich selbst überlassen gewesen wären und der Bund keine Hilfsposten geleistet hätte, wäre Schleswig-Holstein zusammengebrochen. Das Finanzverfassungsverfahren nannte der Redner einen Teufelskreis des föderalistischen Prinzips.

Die Klage des Föderalismus

In einer schriftlich eingegangenen Stellungnahme schloß sich der Bundestag den Argumenten der Bundesregierung an und beantragte, dem Antrag Württemberg-Badens nicht stattzugeben. Ein Einreisensmißbrauch könne nicht festgestellt werden.

Für die Regierung von Rheinland-Pfalz schloß sich Ministerialrat Dr. Schäfer der schriftlich eingegangenen Stellungnahme des Landes Bayern an. Er betonte, daß sein Land an der Verfassungsmäßigkeit des Finanzverfassungsgesetzes nie gezweifelt habe. Wenn aber jemand Grund zur Klage habe, dann sei es sein Land, denn es sei beim Finanzverfassungsgesetz außerordentlich schlecht weggekommen. Rheinland-Pfalz habe die Benachteiligung hingenommen und habe die Klage Württemberg-Badens vom Standpunkt des Föderalismus aus für bedauerlich. Das Grundgesetz gebe den Ländern nicht nur Rechte, sondern lege ihnen auch Verpflichtungen gegenüber den anderen Ländern auf.

In der Verhandlung am Nachmittag wurde versucht, in Rede und Gegenrede noch einige Fragen zu klären und die mündliche Verhandlung abgebrochen.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird am 6. Februar, 9.30 Uhr, verkündet werden.

Lehr bringt Bundesbeamtengegesetz ein

Geringe Einschränkungen der politischen Betätigung der Beamten

Drahtbericht unserer Sonderredaktion

Der Bundesinnenminister brachte gestern im Bundestag den Entwurf des Bundesbeamtengegesetzes ein, das ein ausgesprochenes Beamtengegesetz ist und nicht für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, außerdem auch nicht für die Richter gilt.

Es grenzt den Begriff des Beamten dahin ab, daß nur Träger hoheitlicher Funktionen Beamte sein dürfen, was die Opposition von der Gefahr sprechen ließ, daß evtl. nur noch im höheren Dienst Beamte zu versprechen sein könnten, doch dürfte diese Entwicklung in diesem Ausmaß nicht eintreten.

Die Grundzüge des herkömmlichen Berufsbeamtenrechts werden beibehalten und zum Punkt der Pensionenberechtigung bemerkte der Minister ausdrücklich, daß eine Umwandlung der Beamtenpensionen in eine Rentenversicherung entsprechend der Angestelltenversicherung eine Erhöhung der Beamtengehälter notwendig mache, denn die Beamtengehälter seien wegen der späteren Pensionenabnahme ausgesprochen niedrig gehalten.

Das Gesetz bringt gewisse Erleichterungen für die Aufnahme von Außenberufen in die Beamtenverwaltung und die völlige Gleichstellung der weiblichen Beamten. So kann nach der Verabschiedung dieses Gesetzes eine verbeamtete

Beamtin nicht mehr bei Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz durch den Ehemann verlassen werden und es erhält der Ehemann einer Beamtin als Witwer die Beamtenpension.

Eine Neuregelung bedeutet, daß nicht nur die aktiven Beamten, sondern auch die Pensionäre sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlichen Demokratie betonen müssen und ein Verstoß gegen diese Verpflichtung als Dienstvergehen behandelt werden wird. Dagegen hat die Regierung ihren ursprünglichen Gedanken aufgegeben, daß ein Beamter aus dem Staatsdienst ausscheiden muß, wenn er parlamentarisch tätig ist und daß Beamte sich in der Öffentlichkeit nicht parteipolitisch betätigen, also keine Parteimitglieder bekleiden sollen.

Der Widerstand im Parlament gegen diese Pläne war so stark, daß das Gesetz jetzt nur noch vorliegt, daß ein Bundesbeamter kein Bundestagsabgeordneter sein darf und daß ein Beamter sich eine gewisse Mäßigkeit in der parteipolitischen Tätigkeit auferlegen soll, wovon man alles oder nichts verstehen kann.

Die Aussprache zeigte, daß zwar im Ausschuss noch viele Einzelfragen diskutiert werden, aber das Haus in den Grundzügen dieses Gesetzes übereinstimmt.

„Sozialistische Schöpfung“

Saarbrücken (Hf. Ber.). Der französische Sozialist Professor André Philibert bezeichnete in Saarbrücken vor Funktionären der Sozialistischen Partei Saar (SPS) den Schumanplan als eine „wahrhaft sozialistische Schöpfung“, der die rückständige Unterstützung aller europäischen Sozialisten erfordere.

Professor Philibert hält zur Zeit an der Unvermeidlichkeit Sozialistischer Geisteswissenschaften.

Nach Volkholz wird gefahndet

Deggendorf, Niederbayern (AP). Der Bundesrat und bayerische Landtagsabgeordnete Ludwig Volkholz (Bayernpartei), gegen den Haftbefehl erlassen worden war, ist seit einigen Tagen vermutlich seit Samstag, flüchtig, wie die Staatsanwaltschaft Deggendorf mitteilte.

Die im ganzen Bundesgebiet aufgenommene Fahndung war bis gestern abend erfolglos. Die Staatsanwaltschaft vermutet, daß Volkholz sich ins Ausland begeben habe, wo die Fahndung nunmehr ebenfalls aufgenommen werden soll. Nach dem Bundestag hatte auch der bayeri-

sche Landtag, wie gemeldet, die Immunität des Abgeordneten aufgehoben und sich mit seiner Verhaftung einverstanden erklärt. Volkholz wird der Nötigung, Untreue, Unterschlagung, Steuerhinterziehung, übler Nachrede und mehrerer anderer Delikte beschuldigt.

Protestkundgebung gegen Niemöller und Wirth

Gießen (AP). Unter dem Motto „Ohne toterwärtlich Niemöller und Wirth“ veranstaltete der Bund Deutscher Jugend in Gießen eine Kundgebung gegen die Moskauer Reise des Kirchenpräsidenten Niemöller und die Gespräche des ehemaligen Reichskanzlers Wirth in der Sowjetzone.

Der gegenwärtig in Orberheim weilende ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth ließ am Mittwoch mitteilen, daß alle Meldungen über eine angeblich bereits erfolgte Freilassung einiger politischer Gefangener, die auf einer von ihm überreichten „Wunschliste“ stehen, den Tatsachen voraussetzten.

Schwarzmarktdebatte im Landtag

Drahtbericht unserer Stuttgarter Redaktion

Stuttgart. In dritter Lesung verabschiedete der württembergische Landtag gestern einstimmig das Gesetz zur Änderung des Kirchensteuerrechts im Landesbereich Baden. Danach werden die Verhältnisse, wie sie vor Hinters Nachkriegszeit bestanden, wieder hergestellt.

Zu einer wirtschaftspolitischen Kontroverse zwischen CDU und SPD führte eine Anfrage des Abgeordneten Simpfendorfer (CDU) über die Ausweitung des Schwarzhandels bei der Verteilung von Eisen und Blechen. Abgeordneter Ruppert (CDU) sprach im Namen des Eisen- und Blechverarbeitenden Kleinhandels Württemberg-Badens. Abgeordneter Helmstädter (SPD), des Öfteren durch CDU-Zwischenrufe unterbrochen, erklärte dies als die Folgen der Bonner Wirtschaftspolitik.

Abgeordneter Nieschwitz (DVP) erklärte als Angehöriger einer Partei, die die freie Marktwirtschaft vertritt, dürfe man nicht gleich nach der Polizei schreien.

Abgeordneter Hennings (DG-BHE) forderte im Namen seiner Fraktion einen Wirtschaftsforschungsdienst, um häufig den Schwarzhändlern besser auf die Spur zu kommen. Abgeordneter Dr. Schäfer (DVP) meinte, jedes kommen, daß er sein Buch ins Englische zu übersetzen beabsichtige. Und sie macht ihn darauf aufmerksam, daß es nicht dürfe, da ihm sein eigenes Buch nicht gehöre. Angesichts eines solchen Anschuldigung würde es sich vielleicht empfehlen, wenn der Hohe Kommissar Mr. McCloy der ständigen Dienststelle gelegentlich mitteilte, daß die USA den Kriegszustand mit Deutschland bereits aufgehoben haben und ja, um die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft bemüht sind. Vielleicht schauen denn die Besessenen Sachbearbeiter einmal aus den Bergen ihrer Mikrofilme von der Arbeit auf und stellen erst dann am Postenspiegel fest, daß wir mittlerweile das Jahr 1952 schreiben. <L.

behördliche Eingreifen würde die Verkaufsbeschränkungen nur noch vermehren.

Als Vertreter des Wirtschaftsministers Dr. Veit erklärte Ministerialdirektor Krause u. a. der Hauptgrund des Mangels an Eisen und Stahl sei darin zu erblicken, daß der Bedarf — nicht zuletzt infolge der hohen Anforderungen der Besatzungsmächte — außerordentlich gestiegen sei und daß die wirtschaftliche Produktion nach Ausmaß der Lieferungen von der Saar die erhöhte Nachfrage für den inländischen Markt und den Export leicht infolge Kohlenmangels, teils infolge der Kapazitätsbeschränkungen durch die Besatzungsmächte bei weitem nicht zu decken vermöge. Das Wirtschaftsministerium schreibe gegen die Schwarzhändler mit aller Schärfe ein. Dies habe bisher keinen großen Erfolg gehabt. Die Quellen des Schwarzhandels lägen im Erzeugungsbereich, also in erster Linie in Nordrhein-Westfalen. Die gewissenlos funktionierenden Elemente, die sich dem Schwarzhandel widmen, seien nur schwer zu fassen. Die eisenerwerbende Industrie entschleße sich kaum zu einer Strafmaßnahme.

Der Gesetzesentwurf zur Beendigung der Entnazifizierung wurde, wie Innenminister Ulrich erklärte, vom württembergischen Kabinett in seiner nächsten Sitzung behandelt.

Ein Antrag des Wirtschaftsausschusses, die Verhältnisse für Simultane und Fischerei zu vermindern und die Ausfuhrbeschränkungen mindestens auf die Tarife der Umsatzsteuer zu erhöhen, nahm das Plenum an.

Abgeordneter Dr. Gerrads (DVP) veranschaulichte die Situation der Gebotener Industrie an Hand der Verhältnisse in Karlsruhe, wo die Gebotener einen Exportanteil von 25% der Produktion stellen.

In dritter Lesung wurde das Gesetz über die Personalverwaltung angenommen.

Die nächste Volltagung des württembergischen Landtags wird am 20. Jan. stattfinden.



Quippo KRIMINALROMAN VON HANNS ULRICH V. BIEBING

Copyright: K. H. Müller-Verlag, Hamburg - auch Geyde-Press, Stettin/Berlin

10 Fortsetzung

„Und wer wäre es?“ erundigte sich Brandt stumm.

„Ingeborg Rüdiger... genauer Ingeborg Gerstinger.“

„Wie Sie wissen, ist sie gestirbt.“

„Oder vielleicht Frau Overath?“ warf Burckhardt hin.

„Welche Rolle spielt Frau Overath in Ihren Darlegungen?“

„Das weiß ich nicht“, gestand Burckhardt resigniert ein. „Frau Overath dürfte sich erboten haben, an Stelle der verstorbenen Dorothee Rüdiger die Aufsicht in Nonnensee zu übernehmen. Ein Bankrottfall, den Rüdiger gab, sicherte Dorothee monatlich ein respektable Summe Geldes zu. Das war eine Einnahme, für die es sich lohnte, sich in ein Stiefkindlein zu verwandeln.“ Und Dr. Berg?

„Er gibt keinen Dr. Berg“, erklärte der Kommissar. „In Brockwäldchen hat nie ein Dr. Berg gewohnt. Ich nehme an, daß sich Egon Gerstinger unter der Maske von Dr. Berg in Nonnensee einführt. Die läßt die Vermutung aufkommen, daß Egon mit Frau Overath unter einer Decke steckt. Beide haben alles getan, um Moritz Rüdiger das Leben schwer zu machen. Da Rüdiger selbst nie in Nonnensee erschienen, konnten sie sich nach dem Tode Dorothees ungehindert dort

treffen. Sie mußten nur vermeiden, daß Egon von seiner Schwester Ingeborg erkannt wurde. Dies geschah unter der Maske einer Dr. Berg.“

„Was sollte eine Gestirbtene ihm tun?“ sagte Brandt geringschätzig.

„Umgekehrt, mein lieber Kriminalrat Brandt, warum maskierte sich Egon Gerstinger, wenn Ingeborg wirklich gestirbt war? Egon glaubt man, so wie kein Wort.“

Brandt sah verblüfft auf. „Auch dies ist eine Schulblödsinn“, sagte er nachdenklich.

Selbstverständlich wurde Moritz Rüdiger von dem Tode seiner Schwester nicht unterrichtet. Man scharrte sie nachts im Park ein. Frau Overath muß es verstanden haben, Moritz Rüdiger das Geheimnis von Nonnensee zu entdecken. Es dürfte sich unter Beweis stellen lassen, daß die Freundschaft zwischen Ihnen geschickt eingeleitet worden war. So gelang es Frau Overath, die Gewohnheiten von Dorothee anzunehmen. Das täuschende Doppelgängerpaar ließ sich täuschen. Vielleicht habe ich Balthasar zu Unrecht schlecht behandelt. Es ist möglich, daß das Dienstreisepaar Verdacht geschöpft hatte und mich bloßwäschen wollten. Aber nach drei Morgenschlägen, die man nur lebenswundrigerweise überlebte, war es vernünftig, daß ich an die Möglich-

keit nicht dachte. Außerdem war ich damals noch nicht über den Bankrott informiert.“

„Sie hätten Frau Overath verhaften müssen“, sagte Brandt mit Entrüstung.

„Ja“, gab Burckhardt bekümmert zu. „Es ist ein unverzeihlicher Leichtsinns, diese Frau herumlaufen zu lassen.“

„Was denken Sie zu tun?“

„Ich werde heute abend nach Nonnensee fahren und versuchen, festzustellen, ob mir Ingeborg Gerstinger nicht ein Merkmal nennen kann, mit dessen Hilfe eine Identifizierung von Egon Gerstinger möglich ist.“

„Sagen Sie, Burckhardt“, Brandt spielte nachlässig mit einem Stahlgelb, „kennen Sie den Grund, der Anlaß wurde, Sie beiziehen zu wollen?“

„Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß ich Quippo für unschuldig halte. Dies genügt, Quippes Verurteilung bedeutet nämlich nichts anderes als einen Briefkopf für den Schuldigen.“

„Das ist eine äußerst gewagte Kombination!“

„Möglich! Aber schon in einer unserer ersten Besprechungen machte ich Sie darauf aufmerksam, daß ein solcher Fall nur mit Hilfe einer gewissen Phantasie aufgeklärt werden kann. Meine Phantasie wurde leider durch widersprüchliche Tatsachen in Bedrängnis gebracht. Eine der stärksten Momente war die Tatsache, daß Anselmer so konsequent vermißt, Magdalens Rüdiger zu belästigen. Dies trieb ihn sogar dazu, Ingeborg Rüdiger eine Ehe vorzuschlagen, um durch das verwandtschaftliche Verhältnis, das mit dieser Heirat eintrat, monatlich mehr zu einer Aussage verpflichtet zu sein. Es wird auch Ihnen aufgefallen sein, daß das Gericht bisher keine Verurteilung der Zeugen vornahm. Landgerichtsdirektor Dr. Lauenstein hat die Fragwürdigkeit vieler Aussagen in diesem Prozeß klar erkannt. Mögen wir über die Verurteilung entscheiden und anschlie-

ßend sollen die PMöyery stattfinden. Bis dahin muß ich den Fall geklärt haben. Und ich werde ihn bis dahin klären! Ich lege besonderen Wert darauf, den Grund zu erfahren, der Anselmer veranlaßt, das Gericht zu beschwören. Die Ursache war folgende...“

Brandt ründete eine Zigarre an. Burckhardt machte ebenfalls eine Pause. Der Kommissar schloß sich für diese Prozedur lebhaft zu interessieren. Er beobachtete den Kriminalrat aufmerksam. Erst als die ersten blauen Rauchwolken zur Decke emporstiegen, fuhr er fort: Anselmer hielt Magdalens Rüdiger für die Täterin. Er glaubte, hierfür einen unanfechtbaren Beweis zu haben. Als Magdalena das Sekretariat verließ und das Konferenzzimmer betrat, hielt sie in ihrer Hand eine Schußwaffe. Sowohl der Anblick des Toten als auch der Anblick Anselmers läte bei ihr den angstvollen Schrei aus, von dem der Zeuge von Dirk sprach. Anselmer, der außer Büchsenrevolvern in seinem ganzen Leben noch nie etwas mit Schußwaffen zu tun gehabt hatte, erröthete bis ins Herz. Seit jeher besaß er für Magdalena eine Schwäche, die man bei älteren Männern, die selbst keine Kinder haben, oft antrifft. Er nahm Magdalena die Waffe ab und brachte das Mädchen in die Charlottenstraße. Den Revolver nahm er mit in sein Büro. Er legte ihn in den Schreibtisch. Ich sah die Waffe, als ich Herrn Anselmer sah, mit eine Zeitung zu überlassen in dem die Geschichte des ersten Negonbogensfalls enthalten war. Anselmer konnte nicht wissen, daß diese Waffe nicht dem Kaliber entsprach, mit dem Rüdiger erschossen wurde. Magdalena fand die Waffe auf den Schreibtisch ihres Stiefvaters in seinem Büro. Daß sich Moritz Rüdiger keineswegs sicher fühlte, ist hiermit bewiesen. Magdalena muß aus einer intuitiven Befürchtung heraus nach der Schußwaffe gegriffen haben, als sie in dem nebenan liegenden Konferenzsaal zu dieser ungewöhnlichen Stunde Licht be-

merkte. Es bedurfte nicht vieler Worte von seinen Ansehmeren, Magdalena zu veranlassen, die Waffe vor dem Gericht nicht zu erheben. Magdalena gegenüber hätte er sich, seinen Verdacht zu verraten. Haben Sie etwas gesagt?“

„Nein“, entgegnete Brandt unwillig. „Auser der Tatsache, daß Sie als reiner Arbeit und Mühe rüchichte machen, mit dem ich Schuldlos gegen Quippo zu sammeln versuchte. Sie sind ein äußerst sympathischer Mann.“

Burckhardt lächelte verlegen. Er schaute voller Mitgefühl, wie betäubt Brandt war, seine Lorbeeren schwerden zu sehen. So meinte er tröstend. „Irene ist menschlich. Noch habe ich den Schuldigen nicht, und ich muß damit rechnen, heute nacht in Nonnensee auf Schritt und Tritt der Gefahr ausgesetzt zu sein, im Himmel wieder zu mir zu kommen.“

„Oder in der Hölle!“ meinte der Kriminalrat sarkastisch. „Sie sind ein selten komischer Mann! Sie setzen Ihr Leben aufs Spiel, obwohl Sie im Besitz von Vollmachten sind, die es Ihnen erlauben würden, eine Hundertschaft Polizei an Ihrem Schutz auf die Beine zu bringen.“

„Dann würde ich kaum jenem Antlitz gegenüberstehen, das ich erpicht bin, vor Augen zu bekommen. Nein, nein! Ich verlasse mich lieber auf meine eigenen fünf Sinne. Hundert Polizisten würden nur Verdacht erwecken.“

„Wen erwarten Sie eigentlich in Nonnensee?“

„Sehen Sie nur Ingeborg Rüdiger ist in der Lage, die Kette meiner Gedanken zu schließen. Es hat mir leid getan, als ihrer Tochter so lange verwehrt werden zu müssen. Ich habe mich nunmehr entschlossen, Ingeborg Rüdiger in das Haus von Herrn von Dirk zu bringen. An der Seite ihrer Tochter wird sie ein neues Leben beginnen können. Nur eine Person kann ein Interesse daran haben, diese Absicht zu vereiteln. Der Täter! Wenn Sie wollen, Egon Gerstinger.“

(Fortsetzung folgt)

Beisetzung des ermordeten Taxifahrers

Mannheim (nk). Der kleine Vorortfriedhof von Mannheim-Käfertal hat wohl selten eine so erschütternde Beisetzung erlebt, wie am Mittwoch die des 45 Jahre alten Taxifahrers Emil Bauer, der Sonntag früh in Mannheim ermordet worden war. Vor dem Friedhof standen über 200 Taxis mit Truhenflor am Köhler und an den Antennen, fast sämtliche Fahrzeuge, so wohl der deutschen Autozentrale wie auch des ET-Taxi-Service Mannheims. Am Grab des Ermordeten standen die weinende Ehefrau und fünf noch nicht volljährige Kinder. Diese rührten laut: so sagte ein Taxifahrer, als er seinen Kollegen einen Kranz niederlegte. „In den wenigen Monaten der 12. Taxifahrervereinigung in Westdeutschland“.

Nach der Beisetzung führen sämtliche Taxis in stiller Demonstration langsam durch die Stadt. Eine ständige Protestaktion der Taxifahrer wird jedoch erst nach Verhaftung der Mörder von Emil Bauer stattfinden. Zusammen mit der deutschen Polizei wurden ferner umfangreiche Maßnahmen zur Selbstverteidigung der Taxifahrer ergriffen und Schutzmaßnahmen getroffen.

Auf der Suche nach den Mördern ist indessen die deutsche und amerikanische Polizei bis jetzt ihren Ziel noch nicht wesentlich näher gekommen.

„Sonderausschuß“ gegen Gelbsucht-Aktion

Interessenverbände und Wissenschaftler im Streit der Meinungen über Mannheims Kampf gegen die Gelbsucht

„In Sachen des Verbandes des Pfälzischen Gemüse-, Obst- und Gartenbauvereins e. V. gegen den Chefarzt der Inneren Abteilung des Städtischen Krankenhauses Mannheim, Prof. Dr. Helmut Hahn erläßt die 3. Zivilkammer des Landgerichtes Frankenthal durch die unterfertigten Richter ohne mündliche Verhandlung am 1. Januar 1932 folgende einstweilige Verfügung: 1. Dem Antragsteller wird bei Meldung einer Geldstrafe in unbegrenzter Höhe oder einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, öffentlich, insbesondere in Tageszeitungen, Broschüren, Flugblättern, Kinoroketten, Versammlungen oder in ähnlicher Weise:

1. Behauptungen des Inhalts aufzustellen a) bei dem zum Verkauf gelangenden Gemüse (insbesondere Salat) und Obst müsse vorläufig ausnahmslos damit gerechnet werden, daß es mit dem Gelbsuchterreger infiziert und verseucht sei, b) jegliches Gemüse und Fallot, das mit gedüngtem Ackerboden in Berührung gelange, müsse als hochgradig verseucht gelten, c) die Darmscheidungen der Gelbsuchtkranken würden bei der Düngung auf dem Ackerboden und dadurch an und in die Vegetabilien geraten, d) die Erzeuger- und Handelsverbände hätten die Wahrscheinlichkeit der gegenwärtigen Verurteilung des Salates anerkannt.

2. Die Bevölkerung aufzufordern, bis zum 28. 2. 32 auf den Genuß von Salatsorten und Rottischen ganz zu verzichten.“

Das war der bisher optisch wirksamste Erfolg des „Sonderausschusses Mannheim“ gegen die Gelbsuchtkaktion, die, wie mehrfach berichtet, vom 1. Oktober bis 29. Februar in Mannheim und Ludwigshafen durchgeführt werden sollte.

In einer stätigen Broschüre „Schluß mit der Gelbsucht“, die lediglich die Vermerke von T. und E. „Anwerke“ und „Preis DM — 50“ trägt, wurde das ausführlich dargestellt. Die Herstellungskosten für die Schrift, sei dies in einem anonymen Vorwort, habe die Firma C. F. Boehringer & Söhne, Mannheim-Waldhof (chemische Fabrik) übernommen, und der ganze Verkaufserlös fließe einem Fonds zu, der der Bekämpfung der Seuche und ihrer Erforschung diene.

Am 20. November berichteten die BNN bereits auch schon über die massiven Einwände der von der Aktion wirtschaftlich geschädigten Gärtner. Aber zu jenem Zeitpunkt gab es wenigstens noch einige Familien, die der Aufforderung Prof. Hahns nachkamen, zumal auch die Ärzteschaft sich ein bloc nach einigen Bedenken dafür ausgesprochen hätte.

Dann aber veröffentlichte die Tagespresse Abhandlungen von Wissenschaftlern mit Ruf, die der Aktion des Prof. Hahn jede Berechtigung absprachen, weil sie wissenschaftlich falsch fundiert sei, es wurden ganz andere Theorien über die Gelbsuchterreger aufgestellt.

Langsam gingen auch die Standhaftesten wieder dazu über, wie früher Salat und Obst zu essen, sofern es ihnen nicht schon längst überdrüssig geworden war, dann hörte der „Sonderausschuß Mannheim“, endlich gebildet aus den Vertretern von nicht weniger als zwölf Gartenbau-, Bauern- und Erzeugerverbänden der Länder Württemberg-Baden und Rheinland-Pfalz, zu einem großen Schlag aus. Man erreichte dann die eingangs erwähnte einstweilige Verfügung, die gewissermaßen nur noch die schriftliche Forderung für die längst eingeleitete Aktion war. Dennoch ließ Prof. Hahn nicht locker, er übergab der Tagespresse statistisches Material, daß die Gelbsucht in Mannheim ganz erheblich zurückgegangen sei, seitdem die Aktion laufe. Als Gegenzug des Sonderausschusses wurde Unterlassungsklage eingereicht und alle Vorbereitungen getroffen, um einen Schadenersatzprozess gegen Prof. Hahn anzustrengen.

Anfang dieser Woche kreuzte dann noch in Mannheim der „Arbeiterlag für angewandte Biologie“, Hauptverwaltung Essen, auf dessen Präsident, Thilo Kemper, hat vor 17 Jahren die „Ist-dich-gesund“-Theorie aufgestellt und verpicht jedem, der sich der darin propagierten Rohkosternährung respektlos unterwirft (falls nicht darzwischenkommt), 120 Jahre alt werden zu können. Kemper gab selbst zu, nur wegen der Gelbsuchtkaktion gekommen zu sein, die er natürlich ablehnt, weil er a) für Rohkost, also auch Salat und Obst in jedem Falle eintritt und b) auch für Fäkalienreinigung. Komatidinger seien schließlich für Mensch und Tier, Fäkalien seien das natürlichste und gesündeste. Er sagte:

„Professor Hahn terrorisiert mit seiner freien Idee 400 000 Menschen, die er als Meerschweinchen für seine Großversuche verwendet, wie sie noch kürzlich in Nürnberg als Versuchstiere gegen die Menschlichkeit abgerichtet wurden.“ Und dann sagte er und versicherte, es auf seinen Eid nehmen zu können, Prof. Hahn habe von einer gewissen chemischen Fabrik 20 000 DM erhalten, weil seine Aktion gegen die Gelbsucht sowohl den Umsatz von Kunstdüngern wie den von Vitamintabletten steigern helfe sollte.

Wegen Prof. Hahn angeht, ist vor allem die Fäkalienreinigung, und diese wird bezweckungslos selbst von allen Vertretern des Sonderausschusses als verwerflich, als äußerst gesundheitsschädlich abgelehnt und in den eigenen Verbänden bekämpft. Durch sie werden ja unendlich viele Krankheiten, Spulwürmer etc. in ewigem Kreislauf verbreitet!

Und endlich kommt es neutralen Beobachtern doch höchst „unidealistisch“ vor, wenn die zwölf Gartenbau- und Erzeugerverbände des Sonderausschusses ihre Mitglieder aufforderten, die Schäden anzugeben, die ihnen wirtschaftlich durch das Nichtabsetzen von Salat etc. entstanden sind. Ein Idealist wollte in gutem Glauben der Gegenseite dem Mannheimer Prof. Dr. Hahn nicht ab — aber er scheiterte. Daß er scheiterte, hat er sich zu einem gewissen Teil selbst zuzuschreiben, er hätte vieles anders machen müssen. Ob aber seine Idee richtig war, darüber werden wohl erst spätere Generationen mit neuen Erkenntnissen sachlich urteilen können.

Walter E. Senk

„Karlruhe (ber). Bekanntlich hat der Landtag von Württemberg-Baden im Juli v. J. beschlossen, den Schuljahresbeginn vom Herbst auf Ostern zu verlegen. Im Zusammenhang damit wurden neue Bestimmungen über den Beginn und das Ende der Schulpflicht erlassen. Während die dadurch eintretenden Änderungen, die die Volksschule betreffen, noch einigermaßen übersehen werden können, kamen häufig Mißverständnisse über die entscheidenden Termine an den Berufs- und Berufsschulen auf. Hierzu sind jedoch kürzlich Richtlinien der nordbadischen Landesbeiratskommission für Kultur und Unterricht ergangen, die die Sachlage endlich klären.

Da das betreffende Landesgesetz (Nr. 408) das Ende der achtjährigen Volksschulpflicht bis einschließlich 1939 auf den letzten Schultag vor den Sommerferien festlegt, beginnt die Berufsschulpflicht und damit das Berufsschuljahr bis 1939 im Herbst. Deshalb haben Schüler höherer Lehranstalten, die an Ostern noch im Volksschulpflichtigen Alter stehen, ihre achtjährige Volksschulpflicht entweder in der höheren Schule zu beenden oder sind im Falle des Ausscheidens an das zuständige örtliche (Volksschulamt) zu überweisen. Schüler der Volksschule aber, die erst im Frühjahr nach Beendigung ihrer Volksschulpflicht in eine gewerbliche Lehre eintreten können und deswegen das neuere Schuljahr der Volksschule noch besuchen, können bereits vom Herbst ab neben der Volksschule an zwei Halbtagen der Woche die erste Klasse der Gewerbeschule besuchen.

Im Gegensatz zu den Berufsschulen beginnt und endet das Schuljahr der gewerblichen und kaufmännischen Berufs f a c h schulen an Ostern. Das bringt für den Übergang von Volksschule oder höheren Schulen in eine Berufsschule folgende Regelungen mit sich: Sofern Volksschüler der 8. Klasse den an sie gestellten Anforderungen genügen, können sie bereits an Ostern in eine Berufsschule übertreten. Will aber erst am letzten Schultag vor den Sommerferien ihre Volksschulpflicht enden, erhalten sie ihr Entlassungszeugnis erst an diesem Tag. Treten Berufsschüler, die noch Volksschulpflichtig sind, zwischen Ostern und Herbst aus der Berufsschule aus, sind sie bis zum Ablauf ihrer Schulpflicht wieder an die Volksschule zurückzubewerben. Entsprechend können Schüler einer höheren Lehranstalt, die noch im Volksschulpflichtigen Alter stehen, an Ostern in eine Berufsschule übertreten, vorausgesetzt natürlich, daß sie ebenfalls den an sie gestellten Anforderungen genügen. Finden sie keine Aufnahme in eine Berufsschule, so beenden sie ihre Volksschulpflicht an der höheren Schule oder werden der Volksschule überwiesen. Die hauswirtschaftlichen Berufsschulen allerdings machen eine Ausnahme: sie beenden und beginnen ihr Schuljahr bis auf weiteres noch im Herbst.

Nach der vorliegenden Regelung ist dann erstmals in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“ zu erwarten, 1930 treten sämtliche Berufsschüler einheitlich an Ostern in die Berufsschule ein.

Wann fängt das Schuljahr an?

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“

Erst in acht Jahren ein Schuljahr ohne „Komplikationen“



Bismarck-Graue hat die aus einem Popeline-Anorak und einer Gahardine-Kleidung bestehende Sportkleidung der deutschen Wintersportler, die Deutschland bei den Olympischen Winterspielen in Oslo vertreten werden.

Bism: AP

Bad Wimpfen baute modernes Krankenhaus

Kostenaufwand 480 000 DM — Weitere Anbauten geplant

Bad Wimpfen. Bad Wimpfens Bestreben, seinen Ruf als Kur- und Badestadt zu festigen, geht auch aus dem Bau des neuen Krankenhauses hervor, das nach rund einjähriger Bauzeit im ersten Bauabschnitt mit einer Kapazität von 70 Betten — die Gesamtanlage steht 320 Betten vor — fertiggestellt und seiner Bestimmung übergeben worden ist. Man darf mit Fug und Recht behaupten, daß es eine erstmalige Tat war, in der heutigen Zeit zwei derartige Projekte — im September wurde das Kurhotel Mathildenhof fertiggestellt — in An-

Gesamtkostenaufwand von 480 000 DM wurde unter Anwendung der modernsten Erkenntnisse im Krankenhausbau und unter rationeller Bauausführung ein formacion gestaltetes Krankenhaus erstellt. Während normalerweise für Krankenhausbauten für 1 oben Umbautenkosten 75—80 DM errechnet werden, war es durch rationalisierte Ausführung möglich, diese Kosten bei 48 DM pro qm zu halten. Dieser erste Bauabschnitt ist in jeder Hinsicht so angelegt, daß jederzeit die geplanten weiteren Anbauten vorgenommen werden können und die sich wahrscheinlich noch weit unter den Umbautenkosten von 48 DM halten können, da Heizung, Küche, Wäschereiraum und andere Anlagen nicht mehr notwendig werden.

Im untersten Stockwerk des Krankenhauses sind neben der Verwaltung, den Operationsräumen und einigen Krankenzimmern die Räume für den ambulanten Krankenhausbetrieb, Wartezimmer, Sprechzimmer, Röntgenzimmer so angeordnet, daß der ambulante Verkehr mit dem internen Betrieb nicht in Berührung kommt. Dies ist äußerst günstig, da Bad Wimpfen während der Kurzeit mit starkem ambulanten Verkehr im Krankenhaus zu rechnen hat. Das obere Stockwerk ist fast ausschließlich für Krankenzimmer bestimmt. Das riesige Flachdach kann gleichzeitig als Liegeplatz benutzt werden und gewährt den Patienten eine schöne Aussicht auf die Altstadt, das Neckartal und die Hohenloheebene.

Nicht alle Zimmer sind in derselben Parkierung gehalten, so daß auch auf die individuellen Wünsche der Patienten und auf die psychologischen Momente eingegangen werden kann. Viele Kleinigkeiten dienen zur Behaglichkeit des Patienten, dem überall Wärme und Atmosphäre entgegenstrahlen.

Die Finanzierung des Krankenhauses wurde von der Girozentrale Mannheim, der Landesbausparkasse Karlsruhe, der Landesversicherungsanstalt Württemberg sowie aus Eigenmitteln der Stadt getragen. „Städtisches Krankenhaus am Albenberg“ wurde das neue Krankenhaus getauft, zu dessen Einweihung zahlreiche Gäste anwesend waren. H. P. E.



Krankenhaufügel mit großen Fenstern und lichtdurchfluteten Räumen

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

Von den Facharchitekten für Krankenhausbauten, Dipl.-Ing. Käthe & Mayr, Karlsruhe, wurde eine Anlage geschaffen, die durch ihre Eigenheit aus dem Rahmen der herkömmlichen Struktur der Krankenhausbauten hervortritt. Es war bei Planung und Ausführung nicht nur von großer Bedeutung, auf die besonderen landschaftlichen Verhältnisse Wimpfens einzugehen, sondern auch den künftigen Voraussetzungen Wimpfens Rechnung zu tragen, besonders aber der Tatsache, daß Wimpfen als größtes und modernstes Asthma-Bad in Südwestdeutschland sich in dieser Hinsicht noch mehr zu spezialisieren hat. Eine Synthese für diese Faktoren zu finden, war allemal schon eine nicht leicht zu lösende Aufgabe. Daß sie gefunden wurde, und glücklich gefunden wurde, beweist der fertige Bau.

Eine L-Form bildend, in flacher, einstöckiger und ebenso eigenwilliger Form gehalten, steht das Krankenhaus mit seinen vielen großen Fenstern auf höchster Stelle unmittelbar bei der Stadt, inmitten der Kurviertels. Mit einem

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

griff zu nehmen und in relativ kurzer Zeit zu verwirklichen.

Technisierte Schneemänner

Der Straßenwinterdienst im Schwarzwald vollmotorisiert

Vor einiger Zeit konnte man von einer Konferenz hören, die in Freiburg vierzehn Behördenvertreter aus Ministerium, Stadtverwaltung und aus vier Kreisen und vier Hoteliers und ihren Fachverbänden zusammenführte: zu einer vergleichenden Einreise über die Schneeräumung eines drei Kilometer langen Straßenstücks auf dem Schwarzwald. Die komplizierten Verordnungen scheiterten an den Kosten, die auf etwa 8000 DM veranschlagt wurden.

Nun, daß das Wegräumen der winterlichen Schneemassen von den Straßen nicht nur eine anstrengende, sondern auch recht kostspielige Angelegenheit ist, dürfte allgemein bekannt sein, obwohl es wie das obige kleine Beispiel zeigt, teuer ist, als man zunächst vielleicht vermutet. Weniger bekannt ist die technische Organisation des Straßenwinterdienstes im Schwarzwald.

Die Bedeutung der großen Höhenstraßen, von der Schwarzwaldhochstraße bei Baden-Baden bis hinauf zum Feldberg und zum Schluchsee, nicht nur für den allgemeinen Verkehr, sondern in den Schneemassen auch für den Winternot, braucht kaum näher erörtert zu werden. Die staatlichen Straßenbauämter haben nur allein die großen Bundesstraßen privatisiert, während für die Nebenstraßen private Unternehmer mit festen Verträgen verpflichtet sind. Diese arbeiten mit einfachen Schneepflügen, oft noch mit Pferden bespannt. Der städtische Straßenwinterdienst verfügt aber über modernere Schneepflüge, die auf Lastwagen, zum Teil auch auf Baupneumobussen montiert sind. Im Feldberggebiet überragen meist eine dielektrisch betriebene kombinierte Schleuder und Fräse die Straßen frei, ein mächtiges Ungeheuer, das sich in aller Ruhe durch Schneemassen bis zu zwei Meter Höhe hindurchbewegt. Auch im übrigen Schwarzwald wird die schwere Maschine eingesetzt, wenn der Straßenwinterdienst, der mit einem telefonischen Schließsystem nach Schenkel-Stufen arbeitet an anderen Gebieten überarbeiten. Schneefall gemeldet bekommt. Die Schleudern und Fräsen können mit ihrer Motorkraft auch die härtesten, vereisten Verwehungen und Aufstausungen durchbrechen, fünfzehn Meter weit schleudern sie dann den Schneestaub vor Seite, vom Führerstand aus steuert.

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Das Straßenbauamt Borsdorf besitzt auf dem Feldberg für eine „schwere Schnee-Artillerie“

Erste neue Montan-Holdinggesellschaft

Im Rahmen der Neuordnung der deutschen Montanindustrie wurde als erste Verbundgesellschaft Kohle-Eisen die Holdinggesellschaft 'Nordwestdeutsche Hütten- und Bergwerksverein AG'...

Höhere Pfandbrief-Aufwertung!

RM-Renten sollen auf 20 Prozent aufgewertet, die Hypotheken-Gewinnabgabe entsprechend ermäßigt werden

Im Lastenausgleich-Ausschuss des Bundestages ist zwischen den Vertreibern der Regierungsparteien eine wichtige Entscheidung über die Aufwertung der Pfandbriefe im Rahmen des allgemeinen Lastenausgleichs getroffen worden...

Die Aufwertung der Pfandbriefe im Rahmen des allgemeinen Lastenausgleichs ist ein wichtiger Bestandteil der Neuordnung der deutschen Montanindustrie...

Die Aufwertung der Pfandbriefe im Rahmen des allgemeinen Lastenausgleichs ist ein wichtiger Bestandteil der Neuordnung der deutschen Montanindustrie...

Mieten-Vertragshilfegesetz wird beraten

Gegengewärtig wird zwischen dem Verband des Handels und dem Bundes Wirtschaftsausschuss über das in Vorbereitung befindliche Mieten-Vertragshilfegesetz verhandelt...

der bisher in vier Weinbaugebieten bestehende Gebietsverbände sowie der Fachverbände in Einzelheiten besprochen und schriftlich niedergelegt werden...

Es würde vereinbart, den Werbepersonal, der zur Finanzierung der deutschen Weinwirtschaft dienend, entsprechend den noch festzulegenden Abschnitten des Gesetzes...

der bisher in vier Weinbaugebieten bestehende Gebietsverbände sowie der Fachverbände in Einzelheiten besprochen und schriftlich niedergelegt werden...

Einigung über Deutsche Weinwerbung

Die Vertreter des Weinbaus und des Weinhandels in der Bundesrepublik sind sich einig, dass die Weinwerbung in der Bundesrepublik...

Schweden hat die stärkste Inflation

Die schwedische Wirtschaft erlebte im Jahre 1951 einen beträchtlichen Aufschwung, der in einer Steigerung des Volkseinkommens um 2,3 Mrd. Kronen...

Volkeinkommen und Staatseinnahmen gestiegen

Die schwedische Wirtschaft erlebte im Jahre 1951 einen beträchtlichen Aufschwung, der in einer Steigerung des Volkseinkommens um 2,3 Mrd. Kronen...

Erhöhte Perlon-Produktion

Die Vereinigten Glasstoff-Fabriken AG. werden in ihrem Werk Osterroth im Laufe dieses Jahres die Erzeugung von Perlonen...

Erleichterung - nicht Entspannung der Kohlenlage

Man könne keinesfalls von einer Entspannung der Kohlen-Lieferungslage sprechen, erklärte der stellvertretende Bundesminister...

1,6 Millionen in Konsumgenossenschaften

Die Konsumgenossenschaften hatten Ende November 1951 rund 1,6 Mill. Mitglieder, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um fast 300.000 Mitglieder...

Keine Neuwahl beim Radsportverband

Mit 16 Stimmen bei 17 Anwesenden wurde beschlossen, keine Neuwahl zum Vorstand des Radsportverbandes zu beschließen...

Kreuz und quer durch alle Sportarten

Die Vorbereitung der Länder, die ihre Jugend im Februar zu den VI. Olympischen Winterspielen nach Oslo schicken...

DER SPORT - Generalprobe für Oslo in Garmisch-Partenkirchen

Die Vorbereitungen der Länder, die ihre Jugend im Februar zu den VI. Olympischen Winterspielen nach Oslo schicken...

Die Vorbereitung der Länder, die ihre Jugend im Februar zu den VI. Olympischen Winterspielen nach Oslo schicken...

Die Vorbereitung der Länder, die ihre Jugend im Februar zu den VI. Olympischen Winterspielen nach Oslo schicken...

Die Vorbereitung der Länder, die ihre Jugend im Februar zu den VI. Olympischen Winterspielen nach Oslo schicken...

Getreide-Handelstag in Mannheim

Am 20. Januar wird in Mannheim der Getreide-Handelstag stattfinden, zu dem 400 bis 500 Fachvertreter erwartet werden...

Ostdeutsche Nahrungsmittelpreise

Das Deutsche Industrie-Institut stellt zu den Nahrungsmittelpreisen über die letzten Preissteigerungen in den staatlichen 100-Läden fest...

Gummisohlen gegen Kreppsohlen

In diesen Tagen hat in Frankfurt die diesjährige Frühjahrsmesse stattgefunden, die von den Handelsvertretern aller deutschen Schuhfabriken...

Daimler-Benz

Die Daimler-Benz AG. hat eine Vertretung von 30.419.704 DM Stammkapital und 100.000.000 DM Verzugkapital...

Damenoberbekleidung zu Vorkostenpreisen

Auf einer Pressekonferenz der Verband der Damenoberbekleidungsindustrie wurde gesagt, die Preise für DOB-Erzeugnisse...

